D06

Antrag

Initiator*innen: SPD-Kreisverband Leipzig

Titel: **Unterstützung der Europäischen Bürger-Initiative „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU“**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

Der Landesparteitag der SPD-Sachsen möge beschließen:

Die SPD Sachsen unterstützt aktiv die Europäische Bürger-Initiative „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU“ von „Voters Without Borders“ beim Sammeln von Unterschriften. Bei Veranstaltungen der SPD Sachsen und ihren Gliederungen sollen datenschutzkonform Unterschriften für diese Europäische Bürger-Initiative gesammelt werden.

Die SPD Sachsen bekennt sich damit auch zu einer Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts für EU-Ausländer*innen für die Landtagswahl in Sachsen und für die Wahl zum Deutschen Bundestag.

Begründung

Rund 17,6 Millionen EU-Bürger leben und arbeiten in einem anderen EU-Staat, zahlen dort Steuern, ihre Kinder gehen teilweise in Deutschland zur Schule und in den Kindergarten, politische Entscheidungen haben somit konkreten Einfluss

auf das Leben dieser Menschen. Jedoch können EU-Ausländer beispielsweise in Deutschland lediglich an Kommunal- und den Europawahlen teilnehmen. Gerade die Abstimmung über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist für EU-Bürger, die sich im EU-Ausland aufhalten, immer noch zu kompliziert und zu bürokratisch. An der Teilnahme als Wähler oder Kandidat bei Landtags- und Bundestagswahl sind EU-Bürger in Deutschland sogar ausgeschlossen.

Genau diese Probleme möchte „Voters Without Borders“ mit ihrer Europäischen Bürger Initiative (EBI) „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU“ angehen. Gelingt es innerhalb eines Jahres in sieben EU Staaten mindestens 1 Millionen Unterschriften von Wahlberechtigten zu sammeln muss sich die Europäische Kommission damit beschäftigen, wie sich EU-Bürger, die im EU-Ausland leben, an nationalen Abstimmungen beteiligen können.

Diese EBI verfolgt drei Ziele:

1) EU-Bürger sollen in ihrem gegenwärtigen Wohnort automatisch als Wähler registriert und bisher bestehende Hindernisse beseitigt werden.

2) Aufwertung des Wahlrechts als europäisches Grundrecht. EU-Bürger sollten die Wahlmöglichkeit haben, ob sie bei allen Wahlen und Referenden in ihrem Herkunftsland oder Aufenthaltsland wählen möchten.

3) Die Auswirkungen einer Modernisierung des allgemeinen Wahlrechts für EU-Bürger sowie eine mögliche Ausweitung auf Drittstaatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten soll wissenschaftlich untersucht werden.

Eine EBI (englisch European Citizens Initiative, ECI) ist das einzige formale direktdemokratische Werkzeug auf EU-Ebene.

Als Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“-Partei und als Europa-Partei sollte sich die SPD dieser Aktion anschließen, um nicht nur im Wähler*innensegment der EU-Ausländer*innen zu profitieren, sondern auch europafreundliche Wähler*innen an sich zu binden.